

„Wachsen – aber anders“

SPIEGEL-Gespräch Achim Steiner, Chef des Uno-Entwicklungsprogramms, über die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie und seinen unerschütterlichen Optimismus

Steiner, 56, zählt zu den Deutschen, die im Ausland bekannter sind als zu Hause: Seit Juni 2017 ist er der drittmächtigste Mann innerhalb der Vereinten Nationen (Uno), als Leiter des Entwicklungsprogramms UNDP verwaltet er ein Budget von fünf Milliarden Dollar. Steiner, in Brasilien geboren und aufgewachsen, hat unter anderem Ökonomie und Philosophie in Oxford, London und Berlin studiert. Er gilt als Mann der leisen Töne, der allerdings beharrlich für seine Ziele kämpft.

SPIEGEL: Herr Steiner, das Jahr 2017 war geprägt von der Angst vor Hungersnöten: am Horn von Afrika, in Nigeria, im Jemen. Sie sind seit einem halben Jahr der Uno-Entwicklungschef. Tun Sie nichts?

Steiner: Im Gegenteil. Dass es im gesamten Jahr 2017 zu keiner großen Hungerkatastrophe gekommen ist, liegt mit daran, dass die Vereinten Nationen früh interveniert haben. Anfang 2017 hat Uno-Generalsekretär António Guterres die Welt aufgerufen, sofort Hilfe zu leisten. Und das ist dann auch passiert. Natürlich leiden noch immer sehr viele Menschen durch die Dürre, aber Nahrungsmittellieferungen haben das Schlimmste verhindert.

SPIEGEL: Trotz der Arbeit der Uno hungern jenseits der aktuellen Krisen weltweit 815 Millionen Menschen, das ist mehr als jeder zehnte. Irgendwas läuft doch schief.

Steiner: Sie haben recht: Über 800 Millionen hungernde Menschen zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind völlig inakzeptabel. Aber wer den langfristigen Trend betrachtet, sieht: Der Anteil der absoluten Armut und der Hungernden sinkt. Viele Länder haben sich in den letzten zwei, drei Jahrzehnten stark entwickelt, sonst wäre die Zahl der Hungernden heute vielleicht bei zwei Milliarden.

SPIEGEL: Die Zahl der Hungernden zeigt trotzdem, dass es auch für die Uno schwierig ist, Hunger und Armut effizient zu bekämpfen. Woran liegt das?

Steiner: Das hat viele Gründe: mangelnde Infrastruktur, Korruption oder Bürgerkriege in den betroffenen Ländern selbst. Aber auch die globale Wirtschafts- und Handelspolitik hemmt die Entwicklung. Es gibt eine enorme Ungleichheit: Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des Reichtums – da läuft etwas schief. Die Wirtschaftspolitik des 20. Jahrhunderts war nur auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet und hat dabei wachsende Ungleichheit und ökologische Probleme in Kauf genommen. Das geht im 21. Jahrhundert, mit

bald neun bis zehn Milliarden Menschen, nicht mehr.

SPIEGEL: Die Welthandelsorganisation WTO plant seit Jahren, die unfaire Handels- und Steuerpolitik zu verändern, doch die Verhandlungen liegen auf Eis. Bedeutet das nicht, dass die Uno letztlich nur an Symptomen herumdoktert, aber die wirklichen Ursachen nicht bekämpfen kann?

Steiner: Nein, keinesfalls. UNDP hilft den ärmeren Ländern Lateinamerikas, Afrikas oder im asiatischen Raum seit vielen Jahren, ihre wirtschaftlichen Interessen auch in der WTO besser zu vertreten. Aber die Uno ist kein Zauberstab, sondern beruht auf Solidarität und Konsens der Mitgliedstaaten.

SPIEGEL: US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, die Beiträge für die Uno deutlich zu kürzen. Haben Sie Angst, dass in Zeiten von wachsendem Nationalismus Entwicklungsthemen zuerst unter den Tisch fallen?

Steiner: Die Gefahr besteht. Nach der Finanzkrise haben 2015 alle Länder der Welt gemeinsam gesagt: Das alleinige Streben nach Wirtschaftswachstum kann so nicht weitergehen. Mit der Agenda 2030 wurde deshalb erstmals beschlossen, dass soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ins Zentrum der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik gehören. Dass wir die Welt nicht mehr in entwickelte und unterentwickelte Länder teilen, sondern uns als eins verstehen, weil wir nur gemeinsam handlungsfähig sind – das gibt mir Hoffnung.

SPIEGEL: Das passt aber nicht zur Globalisierungsskepsis vieler Menschen und zum Wunsch, sich abzuschotten. Woher neh-

men Sie die Hoffnung, dass sich ausgerechnet jetzt etwas ändert?

Steiner: Ich will die Lage nicht schönreden. In vielen Teilen der Welt herrscht mit Sicherheit eine Gestaltungskrise, was die Zukunft angeht. Und trotzdem wissen wir doch, dass Abschotten letztlich keine Option ist. Nehmen wir zum Beispiel das Klima und die Uno-Klimakonvention: Die ist so stark wie noch nie. Nachdem die USA ihren Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt haben, hat sich eine „Jetzt erst recht“-Haltung entwickelt. Das hat vor ein paar Monaten niemand erwartet. Die Weltgemeinschaft rückt näher zusammen.

SPIEGEL: Ihren Optimismus teilen wir nicht. Die USA sind ausgestiegen, außerdem nehmen zum ersten Mal seit drei Jahren die CO₂-Emissionen wieder zu. Das geht vor allem auf China zurück, das doch die Führungsmacht beim Klimaschutz werden wollte. Und das Energiewendeland Deutschland schafft es noch nicht mal, mit dem Kohleausstieg auch nur anzufangen.

Steiner: Das ist der pessimistische SPIEGEL-Blick. Ich bin überzeugter Optimist: Die Entscheidung der USA ist bedauerlich, aber auch eine, die absolut isoliert. Die Weltgemeinschaft sagt trotzdem: Wir warten nicht auf euch, wir gehen voran. Und Deutschland hat mit seiner Klimapolitik bereits viel erreicht, 35 Prozent der Stromversorgung stammen heute aus erneuerbaren Energien! Dass wir die Emissionsziele 2020 wahrscheinlich verfehlen, ist enttäuschend – und liegt unter anderem an der Kohlelobby. Aber ich habe keinen Zweifel, dass Deutschland aus der Kohle aussteigen wird. Ich hoffe, dass die neue Regierung den Kohleausstieg als Ziel – sowie einen entsprechenden Fahrplan – vereinbart. Die Energie- und Mobilitätswende ist Wegbereiter, aber auch Zukunft – auch für Deutschlands Arbeitsplätze.

SPIEGEL: Und was ist mit den CO₂-Emissionen, die derzeit um etwa zwei Prozent steigen?

Steiner: Das ist ein kurzfristiges Phänomen, weil Weltwirtschaft und Weltbevölkerung wachsen. Wir dürfen nicht vergessen, dass 600 Millionen Menschen in Afrika bis heute keinen Zugang zu Strom haben. Außerdem ist das globale Wirtschaftswachstum noch nicht genug von den Emissionen abgekoppelt. China hat aber bereits zwei Jahre nach Paris seine Verpflichtungen bis 2020 in vielen Teilen übertroffen – dem Land jetzt einen Vorwurf zu machen, halte ich deshalb für verfehlt.



Umweltexperte Steiner

„Abschotten ist keine Option“

ARNE WEYCHARDT / DER SPIEGEL



Flüchtlinge bei Essensausgabe in Bangladesch: „Da läuft etwas schief“

SPIEGEL: Ihr Lebensthema ist die Green Economy, die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Nachhaltiges Wachstum braucht länger, bis es Rendite abwirft – wie soll das also funktionieren?

Steiner: Nachhaltigkeit ist kein Hindernis für die Entwicklung; dieses Vorurteil zähle ich zu den Mythen des 20. Jahrhunderts. Bleiben wir bei China: Allein durch die erneuerbaren Energien hat das Land Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. In China wird heute über die Zukunft im Sinne einer ökologischen Zivilisation nachgedacht ...

SPIEGEL: ... aber gerade die Chinesen haben ihren heutigen Wohlstand auf jahrzehntelanger Umweltzerstörung aufgebaut!

Steiner: Wie wir alle. Daher auch meine Überzeugung, dass dieses Jahrhundert das Zeitalter der Green Economy sein wird. Dies haben auch die Chinesen erkannt. Oder schauen Sie nach Afrika. Viele Länder dort entdecken, dass die ökologische Infrastruktur ihr größtes Kapital ist. Land, Wälder, Flüsse, Nationalparks, ihre Artenvielfalt sind für Landwirtschaft und Tourismus die Exportschlager. Daher sind es gerade die Entwicklungsländer, die die Klimaverhandlungen vorantreiben, weil sie wissen, dass sie die ersten Opfer sein werden.

SPIEGEL: Das gilt nicht für andere Industrien vor Ort: Afrika dient als Rohstofflieferant Chinas – zulasten der Umwelt. Und Produktionsstandorte, etwa in der Textilindustrie, siedeln sich nur dann an, wenn die Löhne noch niedriger als in Asien sind.

Steiner: Genau deshalb sind das die Kernthemen unserer Arbeit beim UNDP. In Afrika laufen viele Dinge parallel: Das alte Wirtschaftssystem mit Ressourcenausbeutung und schlechten Produktionsbedingungen hängt noch nach. Gleichzeitig formiert sich hier in Ansätzen eine neue, grüne Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Ich Sorge mich aber auch um die Arbeitsplätze für bald zwei Milliarden Afrikaner, wenn die Automatisierung und Digitalisierung in Afrika ankommt. Dann haben wir vielleicht fünf Prozent Wirtschaftswachstum und null Prozent Arbeitsplatzwachstum. Das muss uns auch in geostrategischer Hinsicht Sorge bereiten.

SPIEGEL: Das Prinzip „Green Economy“ funktioniert trotzdem nur, wenn Sie die globale Finanzindustrie mit ins Boot holen.

Steiner: Das ist richtig, denn über 80 Prozent der Investitionen werden von der Privatwirtschaft getätigt. Aber bei den großen Investoren und Versicherungskonzernen wie Axa oder Allianz beginnt ein Umdenken. Nehmen Sie Blackrock, den größten Investmentfonds der Welt: Dessen Management hat vergangenes Jahr Kriterien benannt, nach denen es Unternehmensführung beurteilt. Dazu gehört Vielfalt in den Führungsgremien, aber auch die Frage, inwieweit sich das Management eines Unternehmens über die geschäftlichen Risiken des Klimawandels bewusst ist.

SPIEGEL: Dass die Investoren das postulieren, ist uns klar. Aber wo sehen Sie Anzeichen einer tatsächlichen Wende?

Steiner: Jedes Jahr werden rund 300 Milliarden Dollar in erneuerbare Energien investiert. Die Green Bonds gewinnen auf den Finanzmärkten an Fahrt. Mit unserer Arbeit helfen wir zum Beispiel, die Finanzmärkte eines Landes gezielt für Investitionen in nachhaltige Energie, Gesundheitsversorgung oder Bildung zu entwickeln. Der Wandel hat also begonnen – aber er müsste schneller gehen, das stimmt.

SPIEGEL: Ist die Lösung nicht viel grundsätzlicher: nämlich weniger Konsum und ein Post-Wachstums-Modell?

Steiner: Grundsätzlich ja. Das fast schon religiös verfolgte Wirtschaftswachstum bildet nicht ab, ob wir den richtigen Weg gehen. Trotzdem ist die Polarität Wachsen versus Schrumpfen falsch. Wir werden Mitte bis Ende des Jahrhunderts drei Milliarden mehr Menschen haben. Das heißt: Wir müssen, wir werden wachsen – aber anders. Damit entstehen neue Möglichkeiten und Märkte – zum Beispiel für die deutsche Automobilindustrie.

SPIEGEL: Die ja nicht gerade veränderungsfreudig ist, wie der Umgang mit dem Dieselskandal gezeigt hat.

Steiner: Die deutsche Autoindustrie ist in einer Glaubwürdigkeitskrise. Hätten die deutschen Automobilkonzerne nicht so lange gemauert und sich gegen notwendige Neuerungen gesperrt, wäre Deutschland jetzt Vorreiter bei der Elektromobilität.

SPIEGEL: Genau deshalb sind wir nicht ganz so optimistisch wie Sie. Wenn eine Schlüsselindustrie wie die deutschen Autobauer



Smog in Peking: „China hat seine Verpflichtungen in vielen Teilen übertroffen“

in einer solchen Krise nicht umdenkt – wie kommen Sie dann auf die Idee, die Wirtschaft könne ins Boot geholt werden?

Steiner: Weil die Konkurrenz in anderen Ländern beweist, wie schnell neue Technologien und Mobilitätskonzepte Märkte verändern. Daher kündigen deutsche Automobilkonzerne ja auch fast im Wochentakt an, ihre Investitionen in E-Mobilität stark zu steigern. Aber natürlich ist klar, dass hier verschiedene Kräfte um die Deutungshoheit ringen, auch in den Unternehmen. Der eine Teil hofft, mit dem alten Geschäftsmodell noch ein paar Jahre weiter Gewinne einstreichen zu können, der andere Teil weiß, dass er sich verändern muss. Aber die Investoren an der Börse schauen sich ganz genau an, welches Unternehmen sich mit der Zukunft auseinandersetzt und nicht nur Gewinnmaximierung im Heute verfolgt. Denn nur dann kann es langfristig erfolgreich sein.

SPIEGEL: Das gilt auch für die Politik. Sie haben vor Kurzem mehr Geld gefordert, um die Krisen vor Ort einzudämmen, sonst kämen die Menschen zu uns. Ist aus der Entwicklungshilfe vor allem Fluchtursachenbekämpfung geworden?

Steiner: Noch nicht. Wenn wir Menschen vor Ort ermöglichen, gut zu leben, wenn das Prinzip Hoffnung erhalten bleibt, dann ermöglichen wir einem Kontinent wie Afrika, an seine eigene Zukunft zu glauben. Flucht und Migration passieren ja nicht aus Romantik oder Freiwilligkeit heraus. Das entsteht aus Not, aus Verzweiflung, aus Perspektivlosigkeit. Aber Entwicklungsfinanzierung muss kein Widerspruch zu eigenen Interessen sein. Natürlich hat ein Land wie Deutschland ein Interesse daran, Volkswirtschaften dort zu stabilisieren und zu fördern, damit weniger

Druck entsteht und uns das Drama eines Europas der Stacheldrahtzäune oder der ertrunkenen Menschen im Mittelmeer erspart bleibt. Wir haben viele Dinge zu lang ausgeblendet, und das rächt sich irgendwann.

SPIEGEL: Davon spricht Kanzlerin Angela Merkel seit zwei Jahren. Hat sich denn wirklich etwas verändert?

Steiner: Wir sehen im Augenblick zumindest ein sehr viel strategischeres Verständnis dessen, was sich zum Beispiel in der Sahelzone abspielt. Dort haben wir jahrzehntlang vor allem Krisenbekämpfung gemacht und letztlich nicht für Entwicklung gesorgt. Dabei wissen wir, dass durch Armut und Marginalisierung Extremismus entsteht. Frau Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron befassen sich jetzt mit diesem Thema, das muss man anerkennen. Ich wünsche mir, dass daraus eine enge Zusammenarbeit mit der Uno entsteht, weil wir in diesen Ländern seit vielen Jahren vor Ort und in fast allen Sektoren tätig sind. Und weil wir eine neutrale Mittlerrolle einnehmen.

SPIEGEL: Ist das wirklich so? In Entwicklungsländern haben Ihre Mitarbeiter vor allem den Ruf, sich in blitzblanken, klimatisierten Geländewagen von einem Meeting ins nächste fahren zu lassen und dafür astronomische Gehälter zu beziehen.



Steiner beim SPIEGEL-Gespräch*
„Ich glaube an diese Aufgabe“

Steiner: Der Großteil unserer Mitarbeiter sitzt nicht in irgendwelchen schönen Büros, sondern ist vor Ort im Einsatz – und da ist es oft alles andere als gemütlich. Wenn wir etwa nach der Schlacht um Mossul mit unseren Mitarbeitern im Irak den Wiederaufbau unterstützen, für neue Wasserleitungen, Strom, Dächer auf Schulen und Krankenstationen sorgen, dann verlässt sich die Welt auf uns. Wir arbeiten oft in Situationen, in denen die meisten Entwicklungsorganisationen ihre Mitarbeiter gar nicht erst entsenden würden. Natürlich arbeiten für uns auch Experten, die die Regierungen in Fragen des Steuersystems, des Finanzsystems beraten, die müssen nicht in Gummistiefeln durch die Hauptstadt laufen. Ja, die tragen Anzüge, und ja, die bekommen auch Gehälter. Aber ich kann Ihnen sagen, dass die deutlich niedriger sind als die manch anderer europäischer Entwicklungshilfeorganisationen oder etwa der Weltbank.

SPIEGEL: Man wirft der Uno vor, sie sei zu abgehoben, habe trotz 170 Länderbüros zu wenig Bodenhaftung und Know-how bei der Umsetzung von Entwicklungsprojekten, sei extrem bürokratisch – und obendrein auch noch regierungsnah. Wie wollen Sie diesen Koloss auf die Spur bringen?

Steiner: Das frage ich mich auch jeden Morgen ... Nein, im Ernst: Ich glaube an diese Aufgabe, weil ich das Entwicklungsprogramm der Uno anders wahrnehme. Eine Organisation zu leiten, die täglich mit 170 000 Mitarbeitern in 170 Ländern tätig ist, ist eine komplexe Aufgabe. Ist sie zu bürokratisch? Absolut. Muss sie verändert werden? Absolut. Das ist mein Ziel. Aber wir haben natürlich auch Rechenschaftspflichten. Wenn wir auch nur einen Cent nicht nachweisen können, ist das ein Skandal. Die Regierungen geben den Vereinten Nationen viel Geld, also müssen die Ausgaben nachvollziehbar sein. Deshalb ist eine effiziente Bürokratie an sich nichts Schlechtes.

SPIEGEL: Ist nicht gerade die Nähe zu korrupten Regierungen ein Legitimationsproblem?

Steiner: Wir müssen mit Regierungen arbeiten, sonst verpassen wir die Chance, Politik zu verändern. Das ist manchmal ein schmaler Grat, etwa wenn es um die Frage nach Menschenrechten geht. Und natürlich macht jede Organisation auch Fehler, über die diskutiere ich gern. Wofür ich keine Zeit habe, sind pauschale Vorurteile, die oft überhaupt nicht zutreffen. Denn Fakt ist auch: Humanitäre Hilfe ist vergleichsweise einfach. Man kann kurzfristig mit einigen Millionen Not lindern und sich dann wieder zurückziehen. Das löst zwar die Not, nicht aber die Probleme. Aber ein Land mittel- und langfristig zu entwickeln ist eine komplexe Aufgabe, der wir uns jeden Tag neu stellen.

SPIEGEL: Herr Steiner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit der Redakteurin Susanne Amann (2. v.l.) sowie der Mitarbeiterin Carolin Wahnbaeck in Hamburg.